

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.- Mk., für 1 Monat 5.- Mk.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)  
Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 688.

Inseratenpreise:  
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 6.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Eine Warnung in letzter Stunde!

### Die gefährliche Lage im Ruhrrevier.

#### Rechtssozialisten gegen das Regierungs-Ultimatum

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Zentralrat in Essen hat gestern abend 7 1/2 Uhr an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:  
Der General Watter hat Bedingungen gestellt, die technisch unannehmbar sind, ganz abgesehen von ihrer moralischen Qualifikation. Zur Abwehr des Watterschen Planes hat der Zentralrat in Essen beschlossen, zum sofortigen Generallstreik aufzurufen.  
Außerdem betont der Zentralrat in Essen, daß er die Mitglieder der Besatzungsmächte anerkennt und die Militärstrafverurteilung für sich in Anspruch nimmt.

Die S. P. D. des Bezirks Niederrhein schloß sich dem Aufruf des Zentralrates in Essen an.  
Der Bezirk Niederrhein der S. P. D. hat außerdem 7.45 Uhr an den Reichskanzler Müller ein Telegramm folgenden Wortlauts gerichtet:

Das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März ist dem Reichstag nicht anerkannt. Die Forderung von 24 Stunden ist zu kurz, es wird eine Frist von drei Tagen verlangt. Der Kampf in Wesel konnte nicht mehr fortgesetzt werden, während morgen, Sonntag, ein Kampf nur noch die linksrheinischen S. P. D. Anhänger weiterkämpfen. S. P. D. U. S. P. D. und der größte Teil der S. P. D. stehen hinter den Watterschen Besatzungsplan, deshalb ist der Zentralrat für das rheinisch-westfälische Gebiet in Essen.

Der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet verpflichtet uns, gemeinsam mit der U. S. P. und der S. P. D. den Generallstreik auszurufen und alle Massen mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Gleichzeitig werden wir unsere Menschen in den übrigen Bezirken des Reiches zur Solidarität für den Generallstreik und zur Bewaffnung aufrufen. Die gesamte Reichswehr ist eine Gefahr für die Republik und den Sozialismus. Nur die geforderte Arbeiterwehr mit Offizieren als Führer aus dem republikanischen Führerband ernennen und anerkennen von der organisierten Arbeiterschaft voraussetzungen. Bietet die einzige Sicherheit, daß ähnliche Vorkommnisse wie Kapp und Wittich sich nicht wiederholen. Die Verweigerung des Generals Watter in Münster fordert die S. P. D. unbedingte. Wie dem Reichskommissar Sverdrup bekannt, ist Watter ein ungewöhnlicher Charakter.

### Berlin vor einem neuen Generallstreik?

Berlin, 30. März. (L. V.) Die revolutionären Betriebsräte einzelner Industriezweige nahmen gestern abend in 12 Beratungen Stellung zur politischen Lage. Die Stimmung war überall sehr erregt, besonders in der Versammlung der Metallarbeiter. Es wurde der Regierung vorgeworfen, daß sie das Wattersche Ultimatum von Welsch durchbrochen habe. Die nach dem Ruhrrevier entsandte Vermittlungskommission kehrt heute mittags von dort nach Berlin zurück. Bringt sie keine befriedigenden Nachrichten mit und läßt die Regierung ihre Truppen wirklich gegen die dort kämpfenden Arbeiter marschieren, so müßte sofort erneut in den Generallstreik getreten werden. Die Vorbereitungen hierzu seien in den einzelnen Betrieben unverzüglich zu treffen. Ein Beschluß über die zu unternehmenden Schritte soll heute abend in einer Vollversammlung der Betriebsräte gefaßt werden.

### Ein Appell Kautskys.

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) An der Spitze der heutigen Morgenansicht der Presse steht Karl Kautsky einen dringenden Appell an die Regierung, es im Ruhrrevier nicht zum Einmarsch der Truppen kommen zu lassen.  
Er verurteilt das Ultimatum der Regierung mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien vom Juni 1914 und streift, daß es ähnliches Unheil anrichten wird.  
Sollte nicht eine Verständigung innerhalb der gegebenen Frist erreicht sein — und das ist bei der Kürze der Frist und der Komplexität der Verhältnisse schwer möglich —, dann erhebt es das dringendste Lebensinteresse des deutschen Proletariats, des gesamten deutschen Volkes, die Frist zu verlängern und mit den Verhandlungen fortzufahren. Nicht eher sollte zum äußersten geschritten werden, als bis alle Mittel der Verhandlungen erschöpft sind. Sicher gibt es unter den Kämpfern im Ruhrrevier, wie üblich, gewalttätige und auch unsaubere Elemente. . . . Bist man gegen die Arbeiterschaft das Militär los, ehe alle Mittel erschöpft sind, so fühlen sich alle Arbeiter mit bedroht und betroffen, dann holt man nicht die gewalttätigen Elemente, sondern hat um sie das gesamte kanakische

Proletariat des Ruhrgebietes . . . Das politische Leben Deutschlands würde abermals auf das heillosste zerrütet werden. Dazu gesellt sich noch eine tiefergehende Zerrüttung des ökonomischen Lebens. Wenn verzweifelte Menschen ihren Untergang vor Augen sehen, so sind Verzweiflungstaten möglich. Der Masse der Arbeiter im Ruhrrevier ist sicher jeder Gedanke an Zerstörung der Bergwerke, ihrer eigenen Lebensquellen, fremd. Aber niemand kann wissen, wozu einzelne unter ihnen greifen werden, wenn sie das Standrecht vor Augen haben. Sie werden den Sieger sicher ebenso empfindlich zu treffen suchen, wie es die deutschen Offiziere in Nordfrankreich taten.  
Aber selbst wenn es zu diesem Furchtbaren nicht kommen sollte, was wir alle wünschen müssen, so wäre es mit der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter vorbei. Ihr verbissener Groll fände seinen Ausdruck in der Produktion, in Landwirtschaft, Industrie, sowie im Eisenbahnwesen."

### Wittich entflohen.

Berlin, 29. März. General von Wittich, gegen den am 18. März die Schutzhaft angeordnet wurde, ist, wie die Volkszeitung berichtet, geflüchtet und spurlos verschwunden. Nunmehr hat die Kommandantur Berlin einen förmlichen Haftbefehl gegen ihn erlassen. — Warum geht er?

### Die härteste Bestrafung?

Aus Breslau wird gemeldet, daß der gegen den Kommandeur der Breslauer Sicherheitswehr ergangenen Haftbefehl am Sonntagabend aufgehoben worden ist. Damit ist die letzte Verhaftung, die wegen Beteiligung an dem Kapp-Putsch vorgenommen war, rückgängig gemacht worden. Infolgedessen herrscht in Breslau erhebliche Erregung unter der Bevölkerung.  
Wenn durch solche Maßnahmen die Justizbehörden die Bestrafung der Schuldigen zu verhindern suchen, so müssen die Verantwortlichen für solche Begünstigung der Rechtspreuflisten sofort von ihren Postern entthront werden.

### Staatsstreichgeflüchte des dänischen Königs.

Kopenhagen, 29. März. Der König forderte heute nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Zahle über die nordische politische Politik der Regierung, daß diese ihr Vorschlagsbuch einreicht. Zahle lehnte dies ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte den Führer der linken Parteien Neergaard mit der Bildung der neuen Regierung. Neergaard erklärte nach zweifelhafte Bedenken sich außerstande, den Auftrag anzunehmen. Darauf bat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiterzuführen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Zahle abgelehnt wurde. Die bisherigen Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und die Radikalen, sind, da der Reichstag sich bereits in den Osterferien befindet, für morgen telegraphisch zu einer Parteilösung nach Kopenhagen berufen.  
„Sozialdemokraten“ veröffentlicht heute nachmittags ein Extra-Blatt, das unter der Überschrift „Der König verübt einen Staatsstreich“ gegen das Vorgehen des Königs Stellung nimmt. Auf dem Amalienburger-Platz versammelte sich im Laufe des Nachmittags eine Menschenmenge. Die Ordnung wurde aber durch die Polizei aufrechterhalten. In sozialdemokratischen und radikalen Kreisen sieht man die Lage als sehr ernst an.

Berlin, 30. März. Der Vorwärts erfährt über die Vorgänge in Kopenhagen, der König habe sich vormittags mit seiner Familie aus Kopenhagen in eine Provinzstadt begeben, lehnte aber infolge des Einspruchs der realistischen Parteien gegen die Wahl am Nachmittag wieder zurück. Der König werde bei dem demokratischen Charakter des dänischen Volkes den Streich möglichst mit seiner Abfertigung bezahlen müssen.  
Flensburg und die zweite Zone bleiben deutsch.  
Die das Kopenhagener Blatt Politiken meldet, hat die internationale Kommission entschieden, daß Flensburg mit der ganzen zweiten Zone vollständig bei Deutschland bleiben soll. Die künftige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark soll demnach die Südgrenze der ersten Zone bilden. Ueber diesen Vorschlag, der auch die Gemeinden mit deutscher Mehrheit in der ersten Zone Dänemark zupricht, hat nun der Oberste Rat in Paris zu beschließen.

### Die Wahlen zur Danziger Konstituante.

Danzig, 27. März. Der Bürgerbund hat genehmigt, daß die Prellwahlen zur Verfassunggebenden Versammlung für den Prellstaat Danzig am Sonntag, dem 18. Mai, stattfinden. Oberbürgermeister Soban wurde zum Wahlkommissar bestellt.

### Worte statt Garantien?

Das mühselig zusammengestoppelte Kabinett des Herrn Müller stellte sich gestern der Nationalversammlung vor. Es war wahrhaftig kein Einzug der Gladiatoren und noch weniger stand hinter dem, was es durch den Mund des ehemaligen Außenministers zu sagen hatte, ein freilichtlicher, vorwärts stürmender Glaube, der die reaktionären Berge versetzen könnte. Provisorium, Provisorium! Die angstvoll-unbequeme Situation zwischen den beiden Stühlen, die der bürgerlich-demokratische Regierungsbund von jeder einnehmen mußte, und die die ganze Unzulänglichkeit und Ziellosigkeit des politischen Lebens im Reich veranschaulichte, ist künstlich auf Wochen, vielleicht nur auf Tage verlängert. Diese undankbare Situation aber ministeriell auszufüllen und auszugestalten, ist das wirkliche politische Talent, der intuitive Genius eines Volksführers zu schade; die Natur würde in diesem Falle Notzucht mit ihren eigenen Gaben treiben. Man braucht also wie früher die vollendete und erklärte Mittelmaßigkeit und die durch parlamentarische Routine gemilderte Armut im Geiste. Bloß-Gebot, dein Name ist Hermann Müller!

Der entschlossene Sozialismus hat keine Veranlassung und fühlt kein Bedürfnis, diese aufgelegte Unzulänglichkeit zu unterstützen. Erst recht nicht in einer Stunde, da die Not der Zeit, der dumpfe Instinkt der arbeitenden Millionen im Lande gerade nach Männern der Freiheit und nicht nach Federführern des Parlamentarismus schreit. Es gibt auch, zumal in solchen Höhe- und Brennpunkten der ökonomischen und politischen Geschichte, eine Lauwärme, die des Hassens wert ist. Und für uns gilt, nach allem dem, was wir gestern aus dem Unterfermentum des neuen Kanzlers hörten oder vielmehr nicht hörten, die Parole: Diesem künstlich verlängerten System der Halbheit und Unentschlossenheit keinen Mann und keinen Groschen! Wenn es daran gehen wird, zum Zeichen des Vertrauens für diese Regierung auszusuchen, wird man die Mitglieder unserer Fraktion sitzen bleiben sehen.

Wie alle geistige Indifferenz, die das Unzulängliche ihres Lebenszweckes im Innersten fühlt, behält sich auch diese neue Reichsregierung mit Worten, wo man auf Laten brennt. Wenn Herr Müller wenigstens noch so ehrlich gewesen wäre, mit dem effektiven Uebergangskarakter seines Ministeriums nicht hinter dem Berge zu halten und offen einzugestehen, daß er sich nur als Platzhalter für die wahrhafte Volksregierung fühlte, wenn wirklich in naher Wochen das Volk darüber entschieden haben wird, ob weiter in diesem horizontlosen, trüb-wässrigen Koalitionssystem fortgewurkelt werden soll oder ob es ein klares, entschiedenes reinliches Vorwärts zum Weltfortschritt und zur Weltfreiheit, zum Sozialismus begehrt. Aber selbst bis zu dieser, schließlich selbstverständlichen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit reicht die Kraft des Blodpostels Müller nicht hin. Die reine Arbeiterregierung, die unsere Partei in klarer und einzig möglicher Erkenntnis der Lage gefordert hat, hätte vielleicht dem formalen parlamentarischen Recht vorgegriffen. Aber es ist immer so in der Geschichte: Von jeher hat sich das sachliche Unrecht, wie es dieses Mal durch die galvanisierte Koalitionsmisere der abgewirkelteten Blodäre verkörpert wird, hinter die Papierwände von Rechtsformalen verfangt. Oder hinter inhaltlose Worte, wie sie gestern ja Herrn Müller in so reichlichem Maße zur Verfügung standen.

Wenn eines in dieser Stunde not tat, dann war es die Tat der wirklichen Garantieleistung gegen die Hydra des Militarismus und reaktionären Putschismus. Bewaffnung der Arbeiterschaft wäre die einzige mögliche Parole für eine Regierung gewesen, die diese Garantie zu leisten gewillt ist; denn die Arbeiter allein haben mit ihren Leibern den Ball gegen die Sturmflut der Döberlher im ganzen Reich gebildet. Und was tat Herr Müller? Zwar sprach er auch „die völlige Niederringung der Reaktion“, aber er will das erreichen, indem er „die Reichswehr aus der werktätigen Bevölkerung ergänzen“ will. Die Offiziere bleiben also, die Bürokratie der Schreibstube bleibt, der Geist der Truppe bleibt. Nun bitte, „ergänzen“ Sie, Herr Müller, die Reichswehr! Wir möchten einmal den U. S. P.-Arbeiter oder revolutionären Gewerkschaftler kennen lernen, der in dieser glorreich renovierten Reichswehr ohne Schilane auch nur eine Erbsenuppe austöpfeln könnte. Mit dieser „Ergänzung“ der Reichswehr wird man also im Sinne des